



Bauernverband
Mecklenburg-Vorpommern



Sächsischer
Landesbauernverband e.V.



Thüringer
Bauernverband e.V.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Bundesminister
Herr Cem Özdemir
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Ein gleichlautendes Schreiben geht an Bundesminister Lindner, BMF.

23.05.2022

Sehr geehrte Herren Minister Özdemir und Lindner,

im vergangenen Jahr entschied sich die neue Regierungskoalition auf Bundesebene, die Privatisierung der Flächen der BVVG Bodenverwertungs- und -Verwaltungs GmbH zunächst zu stoppen und dann unter neuen Voraussetzungen fortzusetzen. Dazu wandten wir uns bereits gemeinsam und auch als einzelne Landesverbände an Ihre Häuser: unsere ostdeutschen landwirtschaftlichen Unternehmen benötigen Chancen- und Bewertungsgleichheit bei Flächenverkäufen.

Wir haben die nun abgeschlossene Ressortabstimmung zur Kenntnis genommen. Wir unterstützen ausdrücklich die Fortführung der Erfüllung von Ansprüchen nach EALG, Direktkäufe von Pächtern nach den Privatisierungsgrundsätzen 2010 sowie Verkäufe verpachteter Kleinstflächen (kleiner 2 ha), soweit sie dem bisherigen Pächter zustehen.

Künftig sollen indes Flächen nur noch an nachhaltig und ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden. Die Erstellung der Kriterien soll bis Ende Juni durch die BVVG selbst erfolgen.

Es ist unsererseits untragbar, dass die Bundesregierung durch die aktuell geltenden Pachtvergabekriterien unterstellt, dass konventionelle Landwirtschaftsbetriebe, die mehr als 90 % aller Betriebe in der Bundesrepublik abbilden, nicht nachhaltig wirtschaften. Dies erachten wir als Affront gegenüber denjenigen, die die heimische und regionale Ernährungsversorgung langfristig und in der Breite sichern.

Wir fordern, dass die Vergabe von Flächen nicht an die Bewirtschaftungsform anknüpft, sondern vielmehr, dass Kriterien bzw. Verfahren gefunden werden, um die seit langem von uns kritisierte Höchstgebotspraxis zu unterbinden. Das ist tatsächlich ein Problem, was die Bundesregierung jedoch offensichtlich verkennt. Wir haben dazu in den letzten Jahren Ihren Häusern entsprechenden Briefverkehr zukommen lassen.

Selbst wenn solche Nachhaltigkeitskriterien aufgestellt werden müssten, ist es inakzeptabel, dass die BVVG selbst die Kriterien aufstellen muss, um zu definieren, wann ein Betrieb nachhaltig sein soll. Da dies so wesentlich wäre und eine weitreichende Leuchtturmfunktion für die gesamte Landwirtschaft in Deutschland befürchten ließe, kann dies nicht dem breiteren politischen Diskurs entzogen werden. Als Berufsstand stehen wir ohne Widerspruch zu den 3 gleichberechtigten Säulen der Nachhaltigkeit, der ökonomischen, der sozialen, der ökologischen.

Bis zur finalen Klärung der Kriterien muss ein Moratorium gelten und wir fordern, dass keine weiteren Flächen aus dem Portfolio der BVVG abgegeben werden. Auslaufende Pachtverträge sind so lange mit den bestehenden Pächtern zu verlängern. Jetzt schon ist die

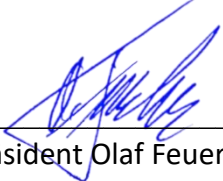
sehr starke Verunsicherung von Betriebsleitern zu vernehmen, die heute nicht wissen, wie es kurzfristig mit den BVVG-Flächen weitergeht und mit was sie in die weitere Planung gehen können.

Im Übrigen verurteilen wir die Ignoranz, die die Bundesregierung gegenüber dem klaren Willen der ostdeutschen Bevölkerung und den Bedingungen des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck bringt. Der Einigungsvertrag, der durch die Wahl 1990 legitimiert wurde, benennt die Übernahme des Treuhandgesetzes in das Bundesrecht. Dieses sah in der letzten Fassung ausdrücklich nur die Privatisierung der volkseigenen Flächen vor. § 1 Abs. 1 des Treuhandgesetzes lautet „Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren.“ Nach der Präambel bezog sich dies ausdrücklich auf „wirtschaftliche Zwecke“. Die überbordende und weiterhin angestrebte kostenlose Übertragung an die Länder oder Verbände ausschließlich zu Natur- und Umweltschutzzwecken unterläuft diesen Willen schon seit vielen Jahren. Während landwirtschaftliche Unternehmen seit mehr als 30 Jahren Flächen pachten und kaufen und damit Mittel in erheblicher Höhe jährlich in den Bundeshaushalt überführt werden konnten, werden nun weitere 17.500 ha auf Grundlage des Koalitionsvertrages unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlage entzogen. Diese Übertragungen in das Nationale Naturerbe haben weder mit Freiheit, noch mit Gerechtigkeit und auch nicht mit Nachhaltigkeit zu tun. Sie zeigen lediglich die Geschichtsvergessenheit unserer Republik und den sorglosen Umgang mit der wirtschaftenden Bevölkerung im ländlichen Raum in den neuen Bundesländern.

Sehr geehrte Herren Minister, Sie haben jetzt die Möglichkeit, erhebliches Unrecht zu verhindern und ein positives Signal an die Landwirtschaft in Ostdeutschland zu senden. Das Maß der Politikverdrossenheit in der Breite der Landwirtschaft ist seit langem sehr hoch, dieses sollte nicht noch weiter erhöht werden. Der Landwirtschaftsstandort Deutschland braucht positive, verlässliche und in die Zukunft gerichtete Planungssicherheit, diese Chance gilt es zu nutzen.

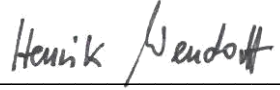
Gerne erneuern wir unser weiterhin bestehendes Gesprächsangebot und stehen für Rückfragen ebenso gerne zur Verfügung

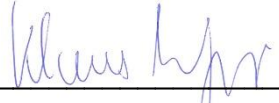
Mit freundlichen Grüßen



Präsident Olaf Feuerborn
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.

Präsident Torsten Krawczyk
Sächsischer Landesbauernverband e.V.

Präsident Detlef Kurreck
Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Präsident Henrik Wendorff
Landesbauernverband Brandenburg e.V.

Präsident Dr. Klaus Wagner
Thüringer Bauernverband e.V.